Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 49 | **Dienstag, den 29. April 1930** | **32. Jahrg.**

Die Handwerksmeister sind verpflichtet, sämtliche Lehrlinge zwecks Eintragung in die

Lehrlingsrolle

bei der Handwerkskammer in Halle (Königstraße 87) schriftlich anzumelden. Lehrverträge sind mit einzusenden.

Kemberg, den 24. April 1930.

54] **Der Magistrat.**

Die diesjährigen Impfungen

finden **Freitag, den 2. Mai,** im Gasthause zur Weintraube statt und zwar:

für Wiederimpflinge 14½ Uhr,
für Erstimpflinge 15 Uhr.

Nachschau:

Freitag, den 9. Mai,
für Wiederimpflinge 14½ Uhr,
für Erstimpflinge 15 Uhr

in demselben Lokale.

Kemberg, den 28 April 1930.

55] **Die Polizeiverwaltung.**

Für die Zeit des Heimatfestes

(7. bis 10. Juni)

können keine sonstigen Veranstaltungen genehmigt werden.

Kemberg, den 28. April 1930.

56] **Die Polizeiverwaltung.**

Neues in Kürze.

*** In einer Unterredung mit dem ungarischen Kultusminister begrüßte dieser die überaus freundschaftlichen Beziehungen, die auf kulturellem Gebiete Preußen mit Ungarn verknüpfen.**

*** Endlich ist es so weit, daß Herr Parker Gilbert sein Büro in Berlin auflöst und nach Amerika abreist.**

*** Im Interesse der Pariser Saarverhandlungen wird Staatssekretär von Simson bei der in den nächsten Tagen beginnenden Sitzung des Genfer Sicherheitsausschusses Deutschland nicht vertreten, sondern die Saarabordnung in Paris weiterführen.**

Handwerk und Ausfuhr.

Daß dem Handwerk für den Export derjenigen Fertigfabrikate, deren Herstellung ihrer Natur nach im handwerksmäßigen Betrieb erfolgt oder wenigstens handwerksmäßige Arbeiten einschließt, eine besondere Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand. Zahlenmäßig läßt sich darüber natürlich wenig sagen, weil selbst ein Vergleich unserer Exportstatistik mit der Betriebsstatistik nicht genügend Aufschluß gibt, um zu einem exakten Urteil zu gelangen. Man ist infolgedessen auf die direkte Befragung weitgehend angewiesen und in dieser Beziehung hat die unter der Leitung von Professor Dr. Hummel durchgeführte Handwerksenquete weitgehend Klarheit geschaffen.

Der Enquetebericht beschäftigt sich zunächst mit dem Grenzverkehr, der regelmäßig einen nicht unerheblichen Austausch von Handwerkserzeugnissen mit sich bringt. Dabei wird die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse im Verkehr mit Ländern, die entweder eine im Auslandswert sinkende Währung haben oder mit denen Zollstreitigkeiten bestehen, stark behindert oder ganz unterbunden. Das gilt zurzeit namentlich von dem Grenzverkehr mit der Tschechoslowakei, dem Elsaß und Polen. An den deutschen Grenzen der währungsschwachen Länder leidet andererseits das deutsche Handwerk schwer unter dem Wettbewerb der Ausländer. Es sind besonders in Schlesien die Musikinstrumentenmacher, Stellmacher (Schneeschuhe), Drechsler (Küchengeräte), Bürsten- und Pinselmacher, Korbmacher — auch an der polnischen Grenze — zu nennen. Der ausländische Wettbewerb geht hier ebenso wie an der holländischen Grenze Westfalens für die Erzeugung und den Vertrieb von Holzschuhen über den Rahmen des Grenzverkehrs hinaus. Im Reiseverkehr dringen aus dem Elsaß und der Tschechoslowakei vor allem auch fertige Kleidungsstücke ein. Es kommt hinzu, daß, zumal im Osten des Reiches die rücksichtslose Ziehung der neuen Grenzen in anderer Beziehung zu unhaltbaren Zuständen geführt hat. Den kleinen und mittleren Städten ist ein mehr oder minder großer Teil ihres alten Marktgebietes entrissen, die Beschäftigungsmöglichkeiten des Handwerks und Gewerbes wurden dadurch erheblich verringert. Zugleich häufen sich in ihnen die aus den ausländischen Grenzstädten vertriebenen deutschen Handwerker und vermehren den Druck, der über dem ganzen Gewerbe lastet.

Die eigentliche Ausfuhr einschließlich des Veredelungsverkehrs (Steinschmuck, Kürschnerei) leidet in der Nachkriegszeit sowohl unter den Steigerungen der Löhne, der sozialen Lasten und der Steuern im Reiche wie unter der Zollpolitik der außerdeutschen Länder, unter technischen Veränderungen und endlich unter der während des Krieges und später entstandenen Eigenerzeugung des Auslandes, die regelmäßig unter günstigeren Bedingungen arbeitet und auch aus der Abneigung vieler Fremdländer gegen alles Deutsche Nutzen zieht. Es kommt hinzu, daß die geschäftliche Organisation der Ausfuhr von Handwerkserzeugnissen zu wünschen übrig läßt, was früher nicht so sehr ins Gewicht fiel, heute aber bei dem verstärkten Wettbewerb und den vielfach aufgetretenen Bedarfswandlungen erschwerend wirkt.

Aus diesen Gründen hat die Ausfuhr von Handwerkserzeugnissen nachgelassen. Am meisten scheinen davon die Glasbläser und Glasschleifer vom Thüringer Wald, die Waffen- und Kleineisenherstellung (Zella-Mehlis), das Gürtlerhandwerk (Berlin), das feinmechanische Handwerk (München, Leipzig) betroffen zu sein. Unter diesen Umständen verdienen daher die neueren Bestrebungen einiger Handwerkskammern (Oberbayern, Württemberg, Niedersachsen, Westdeutschland), die Ausfuhr der Handwerkserzeugnisse durch besondere Stellen zu fördern, die größte Beachtung. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Auslandsbeziehungen anzuknüpfen, Musterlager einzurichten und die Verbindung mit den deutschen Dienststellen für den Außenhandel aufzunehmen. Eigene geschäftliche Tätigkeit liegt ihnen nicht ob. Die Handwerkskammer Stuttgart berichtete auch bereits über erste Erfolge, die sich aus Aufträgen in Beeren-, Obst- und Weinpressen, Holzschnitzereien, Speisebestecken, Brillen- und Klemmerfassungen, Wasch- und Spülmaschinen, Staubsaugern und photographischen Erzeugnissen ergeben. Als Ausfuhrländer hat sie Litauen, Rumänien, Banat, Italien, Amerika, China und Palästina genannt. Gegenstände der Ausfuhr außer den schon sogenannten, Kirchenausstattungen, Altargeräte und andere kirchliche Gegenstände, Holz- und Elfenbeinschnitzereien, Glas- und Mosaikarbeiten, Marmor- und Steinarbeiten, Musikinstrumente, Saiten, Eisen- und Metallgegenstände, Gold- und Silberschmiedearbeiten, feinmechanische, optische und chirurgische Instrumente, Möbel, Holz- und Korbwaren, Leder- und Textilwaren (z. B. Gobelins), Wirkwaren, Kurzwaren, Beleuchtungskörper, Bilderrahmen, Armaturen, Elfenbeinwaren. Als ausgesprochenes Veredelungsgewerbe hat neben der Kürschnerei (Leipzig) besonders auch das Steinschmuckgewerbe (Hanau, Oberstein-Idar) einen bedeutenden Auslandsumsatz. Auch aus den Kammerbezirken Berlin, Hamburg, München, Weimar, Plauen, Erfurt, Meiningen, Coburg und den württembergischen Kammerbezirken werden Handwerkserzeugnisse in größerem Umfange ausgeführt.

Auch auf dem Gebiete des Ausfuhrgeschäfts hängt also das Handwerk eng mit der Industrie zusammen. Diese Beziehungen sind allerdings nicht leicht zu erkennen und im einzelnen Zahl um Zahl schwerer nachzuweisen. Sie zeigen aber ebenso wie die eigene Ausfuhrtätigkeit des Handwerks, daß es eine besondere Aufgabe der deutschen Handelspolitik ist, sich der Förderung der an der Ausfuhr beteiligten Handwerkszweige anzunehmen, deren durchweg hochwertige Leistungen in ihrer Wirkung auf die deutsche Handelsbilanz mehr als bisher bei dem der deutschen Wirtschaft auferlegten Zwang zum Export zu würdigen sind.

Vor neuen Kämpfen.

Der Wiederbeginn des politischen Lebens.

⊶ **Berlin,** 27. April.

Die Rückkehr des Reichskanzlers von seinem kurzen Urlaub nach Berlin ist das Signal für das Wiedererwachen des politischen Lebens, das über Ostern zur Ruhe gegangen war. Ungefähr zur gleichen Zeit finden sich auch die anderen Kabinettsmitglieder wieder in Berlin ein.

Intensive Arbeit wartet auf sie.

Das Kabinett selbst wird sich mit den Vorschlägen des Reichsernährungsministeriums für das Ostprogramm zu beschäftigen haben, die gegenwärtig noch im Finanzministerium nachgeprüft werden. Voraussichtlich am 1. Mai wird das Programm dem Kabinett vorliegen.

Schon deshalb ist es nicht wahrscheinlich, daß sich die Meldung einiger Blätter bestätigt, wonach der Minister Treviranus nach der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete im Herbst ein neues, eigens für ihn zu schaffendes Ostministerium erhalten soll.

Am 2 Mai beginnt im Reichstag die 1. Lesung des Haushaltsplans für 1930. Im Rahmen der damit verknüpften Generaldebatte wird eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die nächste Zukunft erfolgen, insbesondere über die beiden umstrittensten Gebiete,

die Innenpolitik und die Handelspolitik der Regierung.

Für die innenpolitischen Erörterungen werden die Meinungsverschiedenheiten mit der thüringischen Regierung, die Frage der Aufhebung des Stahlhelm-Verbots für das Rheinland, die durch den deutschnationalen Parteivorstand aufgeworfene Frage des Reichsschulgesetzes und unter Umständen bis dahin auch der Verlauf des 1. Mai ausreichend Stoff liefern. Finanzpolitisch werden die inzwischen von der Regierung auf Grund der ihr vom Reichstag erteilten Ermächtigung vorgenommenen Maßnahmen, z. B. die Erhöhung des Weizenzolles in Verbindung mit der Frage nach Rückwirkungen auf die Außenhandelsbeziehungen im Vordergrund stehen.

Hier spitzt sich alles darauf zu, ob die Regierung glaubt, ihre landwirtschaftlichen Ziele ohne Gefährdung der deutschen Handelsvertragspolitik durchsetzen zu können.

Wenn sie meint, Kündigungen der Handelsverträge vermeiden zu können, dürfte sie weiter — und zwar nicht von Seiten der Opposition, sondern zum Teil auch aus den Reihen der hinter ihr stehenden Parteien — danach gefragt werden, ob sie eine Aenderung der wirtschaftlichen Zollsätze ohne stärkere Beeinträchtigung der industriellen Interessen erreichen zu können hofft. In der Zwischenzeit haben nämlich industrielle Interessenvertretungen und eine Anzahl von Handelskammern der Industriegebiete mit Parlamentariern Fühlung genommen, um sie zu einem aufklärenden Vorgehen im Reichstag zu veranlassen.

Die Regierung wird aber vielleicht gar nicht erst auf Anfragen warten, sondern von sich aus ihre Auffassung über die Gestaltung der deutschen Handelspolitik bekanntgeben.

Simson bleibt in Paris.

Saarverhandlungen und Genfer Sicherheitsausschuß.

⊶ **Berlin,** 27. April.

Der Führer der deutschen Saarabordnung in Paris, Staatssekretär von Simson, hat es im Interesse der Weiterführung dieser Verhandlungen abgelehnt, Deutschland auf der in den nächsten Tagen beginnenden Tagung des Genfer Sicherheitsausschusses zu vertreten. Die Saarverhandlungen erfahren infolgedessen erfreulicherweise keine Unterbrechung.

Zu den wichtigsten Punkten, die auf der Tagesordnung des Genfer Sicherheitsausschusses stehen, gehört auch die Frage der finanziellen Unterstützung von angegriffenen Staaten. Es handelt sich hier um eine Frage, die vor Jahren bereits von der finnischen Regierung aufgeworfen worden ist, die aber bislang noch zu keinem Ergebnis geführt hat. Die deutsche Regierung steht in dieser Frage auf dem Standpunkt, daß eine Geldwährung für das Vorstadium eines Krieges, in dem man weder den Angreifer noch den Angegriffenen genau kenne, nicht angängig sei. Die deutsche Abordnung wird deshalb in Genf Vorschlägen, die auf eine finanzielle Unterstützung im Falle einer Kriegsdrohung hinauslaufen, entgegentreten. Dagegen steht man in Berlin der Frage der Einrichtung eines Kurierdienstes mit Flugzeugen sympathisch gegenüber.

Herr Parker Gilbert geht . . .

Die Ueberleitung vom Dawes- zum Youngplan.

⊶ **Berlin,** 27. April.

Dieser Tage hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, eine Prüfung der Konten, die die Uebergangszeit von der Dawesorganisation zum Youngplan betreffen, im Büro des Reparationsagenten Parker Gilbert in Berlin stattgefunden, ohne daß zu Beanstandungen Anlaß vorhanden war. Wenn die BJZ ihren Betrieb in Basel eröffnet, können diese Konten sofort von ihr übernommen werden. Die Akten des Generalagenten werden, soweit sie für die BJZ keinen Wert haben, vernichtet. Ein Teil des Berliner Büropersonals des Generalagenten wird nach Basel übernommen werden. Parker Gilbert selbst wird, soweit bisher bekannt ist, nach Amerika zurückkehren.

Für die Kosten der Ueberleitung vom Dawesplan zum Youngplan ist bekanntlich ein besonderer Fonds in Höhe von sechs Millionen Mark vorgesehen. Die nicht in Anspruch genommenen Summen werden nach der Haager Vereinbarung an Deutschland zurückerstattet. Parker Gilbert wird vor seiner Abreise aus Deutschland voraussichtlich noch einmal eine Generalübersicht über die deutschen Finanzen geben.

Nach Waffen- Kulturbrüderschaft.

Eine Unterredung mit dem ungarischen Kultusminister.

⊶ **Berlin,** 27. April.

In einer Unterredung äußerte sich der zurzeit in Berlin weilende ungarische Unterrichtsminister Graf Klebelsberg über den Zweck seiner Berliner Reise sowie die Beziehungen zu den Staaten, die er noch besuchen will, u. a. wie folgt:

„Mein Besuch Preußens und Schwedens gilt vor allem der Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem gewesenen Unterrichtsminister Dr. Becker und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300429-16/fragment/page=0001

dem schwedischen Unterrichtsminister, mit denen zusammen ich Anfang der 90er Jahre in Berlin studiert habe.

In Berlin habe ich mit großer Freude gesehen, daß Kultusminister Dr. Grimme sich ebenso wie sein Vorgänger Dr. Becker, den Ausbau der kulturellen Bande zwischen beiden Nationen sehr angelegen sein läßt. Nach dem italienischen habe ich den österreichischen und den bayerischen Unterrichtsminister besucht, die meine Besuche in Budapest erwidert haben. Mit Deutschland bestehen mannigfache kulturelle Veranstaltungen. Der Generaldirektor der Museen, Dr. Waetzold, wird noch im Mai in Budapest sprechen. Der frühere Unterrichtsminister Dr. Becker ist zum Ehrendoktor der Universitäten Szeged und Debreczin ernannt worden und wird anläßlich seines Besuches im Mai promoviert werden.

Die kulturelle Entfaltung Ungarns wird durch Trianon sehr stark gehemmt. Die Universitäten Preßburg und Klausenburg gingen verloren, und wir mußten in Szeged und Fünfkirchen Ersatz-Universitäten einrichten. Außerdem empfindet Ungarn natürlich den Verlust der kulturellen Zentren wie Kaschau und Temeszvar sehr schwer. Die kulturellen Beziehungen zu den Staaten, an die wir Land abgeben mußten, sind formal gut; zu einer engeren Zusammenarbeit ist es jedoch nicht gekommen.

Ungarn empfindet mit doppelter Genugtuung, daß besonders die kulturelle Zusammenarbeit mit Preußen eine so gute ist, so daß man sagen kann: aus der Waffenbrüderschaft hat sich eine Kulturbrüderschaft entwickelt".

Das Ende der Reparationskommission

Auflösung des Pariser Ausschusses.

⇳ **Paris**, 26. April.

Nach der Konstituierung der internationalen Zahlungsbank beginnt nun die Liquidierung der Reparationskommission. In Paris ist das im Schlußprotokoll der Haager Konferenz vorgesehene Sonderkomitee zusammengetreten, dem die Aufgabe gestellt ist, die Ueberleitung der Funktionen der bisher amtierenden Organe des Dawesplans auf die Zahlungsbank durchzuführen.

Man rechnet damit, daß diese Arbeiten in etwa zwei Wochen zu erledigen sind, und man hofft, daß in dieser Zeitspanne die noch ausstehenden Ratifikationen des Youngplans durch England und Italien erfolgen werden, so daß nach beendeter Ueberleitung der Funktionen das Baseler Bankinstitut sofort in Tätigkeit treten kann. Die Restbestände der Reparationskommission werden dann Mitte Mai einem Liquidator überantwortet werden.

Hugenberg siegte . . .

. . . aber die Fraktion hat Handlungsfreiheit.

⇳ **Berlin**, 27. April.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat mit mehr als Vierfünftelmehrheit des nahezu vollständig besetzten Vorstandes eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„Der Parteivorstand spricht dem Parteiführer Dr. Hugenberg und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren seinen Dank für ihr unbeirrtes Festhalten an den auf dem Kasseler Parteitage und in der Vorstandssitzung vom 8. April aufgestellten Zielen und Richtlinien aus.

Er hält es für selbstverständlich, daß sie die Führung von Partei und Fraktion keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit aufgeben. Ihrer Führung und dem geschlossenen Eintreten der Reichstagsfraktion für die Agrargesetze ist es zuzuschreiben, daß deren Vorlage und Annahme entgegen widerstrebenden Teilen der Regierungsmehrheit noch vor Ostern durchgesetzt wurde. Die vom Kabinett verkündete Kontinuität der Handelspolitik (polnischer Handelsvertrag, Genfer Vereinbarungen usw.) steht einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft ebenso im Wege wie die Fortdauer der marxistischen Vorherrschaft in Preußen.

Wir stehen in Opposition gegen dieses Kabinett, das, ohne und gegen uns gebildet, zur Fortführung der bisherigen Tribut- und Handelsvertragspolitik entschlossen ist, und das auf dem Wege über Preußen immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft ist. Wir können keinerlei Mitverantwortung für seine Politik übernehmen. Diese Oppositionsstellung und die gegebene Lage verlangten unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parlamentsabstimmungen.

Der Parteivorstand bedauert, daß im Gegensatz zu der einmütigen und erfolgreichen Haltung der Reichstagsfraktion vom 3. und 10. April eine Mehrheit der Reichstagsfraktion in den Steuerabstimmungen vom 12. und 14. April, veranlaßt durch die verständliche und berechtigte Sorge um die Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt hat.

Die Verkoppelung der Agrarmaßnahmen mit der Bewilligung der durch die Mißwirtschaft der Großen Koalition erforderlich gewordenen Steuern war sachlich nicht begründet. Die Regierung war, auch wenn sie bei den Steuergesetzen in der Minderheit blieb, durch ihre Erklärung und das Wort des Reichspräsidenten an die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft gebunden. Nach den Satzungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamthaltung der Partei fest.

Eine Unterstützung des Kabinetts Brüning sowie die Mitübernahme der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht der oben festgelegten Gesamthaltung der Partei nicht.

Es bleibt dem Entschluß der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen."

Besseres Amtsdeutsch.

Eine begrüßenswerte Neuerung.

⇳ **Berlin**, 27. April.

Die Bemühungen um Schaffung einer besseren Amtssprache, als sie leider vielfach bisher in Deutschland geübt worden ist, finden neuerdings auch die verdiente Beachtung und Unterstützung bei den Behörden selbst. Dieser Tage hat das Reichsministerium des Innern in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium und unter Mitwirkung des Deutschen Sprachvereins ein kleines Schriftchen herausgegeben, betitelt: „Fingerzeige für die Gesetzes- und Amtssprache." Diese Fingerzeige dienen dem Zwecke, eine möglichst reine und gute Amtssprache im Schriftverkehr der Behörden einzuführen und zu erhalten. Sie zeigen an Beispielen, welche Mängel und Schwächen der herkömmliche Amtsstil oft aufweist und wie der Beamte zu einwandfreier, klarer und zweckmäßiger Gesetzes- und Amtssprache gelangen kann.

Die Herausgabe eines solchen Büchleins ist gewiß zu loben und man darf hoffen, daß sie dazu beitragen wird, daß die amtlichen Schriftsätze fortan allmählich eine geschmackvollere und vor allem verständlichere Sprache aufweisen. Aber es erscheint doch als ein Gebot der Gerechtigkeit, darauf hinzuweisen, daß die teilweise abschreckend häßlichen Gesetzestexte meist gar nicht dem sprachlichen Unvermögen dieses oder jenes Beamten ihren Ursprung verdanken, sondern den Umstand, daß sie im Reichstag schließlich das Produkt von Kompromissen, die Verarbeitung von einem halbdutzend von Anträgen sind, in einer sprachlichen Fassung, der durchaus die letzte Lesung fehlt.

Mißtrauen gegen Deutschland.

Rauscher bei Zaleski.

D **Warschau**, 27. April.

Der deutsche Gesandte Rauscher wurde von Außenminister Zaleski zu einer längeren Unterredung empfangen. Vermutlich wurde auch die Frage der letzten deutschen Zollerhöhungen berührt. Die Besprechung hatte jedoch lediglich informatorischen Charakter, zumal die offizielle Antwort der Reichsregierung auf die polnische Note bekanntlich unmittelbar, gleichfalls in Form einer Note erfolgen wird.

Die polnische Presse bemerkt zu der Unterredung nach einem gleichlautenden, von amtlicher Seite stammenden Wortlaut, der Standpunkt Polens zu den deutschen Zollerhöhungen sei nach wie vor völlig klar, zumal auch die Genfer Abmachung vom März dieses Jahres verletzt werde (?). Mit Rücksicht darauf, daß die Lage in Deutschland im Zusammenhang mit den Regierungsvollmachten hinsichtlich des Agrarprogramms unklar sei und Polen die Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen im Augenblick noch nicht übersehen könne, müsse es sich Zurückhaltung auferlegen und mit Mißtrauen allen deutschen Versicherungen begegnen, es sei denn, daß Tatsachen die deutschen Behauptungen bestätigten.

Der Eindruck der indischen Unruhen.

Ernste Stimmung in London.

⇂ **London**, 27. April.

In hiesigen gutunterrichteten Kreisen wird die Lage in Indien als ernst bezeichnet. Man betont aber, daß kein Grund zur Besorgnis bestehe und weist darauf hin, daß die Zurückziehung von Frauen und Kindern aus Peschawar keine ungewöhnliche Maßnahme darstelle. Peschawar sei stets mit einem Kriegslager zu vergleichen gewesen, da es einer der wichtigsten Grenzposten in der Nähe feindlicher Stämme sei.

Der Einfluß der Gandhi-Bewegung unter den Hindus wird zugegeben, aber die mit den Tatsachen wohlvertrauten Kreise deuten darauf hin, daß die britische Verwaltung über die notwendigen Mittel verfüge, um alle Ruhestörungen verhindern zu können. Der Salzfeldzug selbst stelle kaum den Erfolg dar, der erwartet worden sei.

Wenn Gandhi seine Bewegung auch auf andere Gebiete ausdehnen sollte, so würde dadurch für die britische Verwaltung eine neue Lage geschaffen, und sie würde sich gezwungen sehen, gegenüber Gandhi eine andere Haltung zu erwägen.

Die indische Regierung beabsichtigt, ein allgemeines Urlaubsverbot für sämtliche Militärstreitkräfte zu erlassen.

Reichsbetriebe und Gemeinden.

Pauschalierung der Verwaltungskostenzuschüsse.

⇳ **Berlin**, 26. April.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, dessen Zweck es ist, die Pauschalierung der Wohnungskostenzuschüsse, die von den Reichsbetrieben an die Wohngemeinden ihrer Arbeitgeber gezahlt werden, zu regeln.

Die Frage der Ablösung der Zuschüsse durch Entrichtung von Pauschbeträgen ist dadurch aktuell geworden, daß die Reichsbahn, die sich bisher überhaupt geweigert hatte, Wohnungskostenzuschüsse zu zahlen, durch das neue Reichsbahngesetz vom 13. März d. J. gezwungen wird, einen durch Uebereinkunft mit der Regierung festgesetzten Pauschbetrag als Zuschuß zu zahlen, der sich zur Zeit auf 5 Millionen Rm. stellt (für die Jahre 125—28 nur auf 2½ Millionen), und der bei Aenderung der Verhältnisse durch ein neues Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft entsprechend anderweitig normiert werden soll. Um der Einfachheit der Berechnung willen, sollen nun auch die Zuschüsse der Reichspost in Pauschbeträge umgewandelt werden und ebenso soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine Pauschalierung bei den Zuschüssen der sonstigen Reichsbetriebe, vor allem also der Wehrmacht, durchzuführen.

Die Reichspost hat sich mit der Ablösung ihrer Zuschußpflicht grundsätzlich einverstanden erklärt und einen Pauschbetrag angeboten, der für die Jahre 1925—27 je 3,2, für die Jahre 1928—30 aber je 3 Millionen Rm. betragen soll; der Unterschied beruht auf der Berücksichtigung der Zinsen für die zurückliegenden Jahre. Für die späteren Jahre wird die Reichsregierung den Pauschbetrag mit Zustimmung des Reichstages besonders festzusetzen haben.

Prinzipielle Einigung.

Die Regelung der Ostreparationen.

⇳ **Paris**, 26. April.

Die Regelung der Ostreparationen kann als praktisch erledigt angesehen werden. Die endgültige Regelung der ungarischen Reparationen, wie sie aus dem Vertrag von Trianon hervorgegangen sind, wird in vier Abkommen niedergelegt werden, von denen sich das erste mit der Höhe der von Ungarn zu leistenden Zahlungen, das zweite mit den zwischen den Gläubigermächten und Ungarn getroffenen Vereinbarungen und das dritte mit der Arbeitsweise der Kasse beschäftigt, die zur Liquidierung der territorialen Streitigkeiten geschaffen wurde. Der vierte Vertrag bezieht sich auf ein Abkommen, das Frankreich, England, Italien, Rumänien, die Tschechoslowakei und Südslawien unter sich getroffen haben. Man wird außerdem ein zweites Depot in Höhe von 100 Millionen Kronen einrichten, um die Schadenersatzforderungen zu bestreiten, die von den gemischten Schiedsgerichtshöfen zu Lasten von Südslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien entschieden wurden.

Ueber sämtliche oben angeführte Fragen ist eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Der ungarische Finanzminister Walke hat Paris bereits verlassen, um seiner Regierung den Inhalt des Abkommens zu unterbreiten. Sollte die ungarische Regierung ihre Zustimmung geben, so hofft man noch am Sonnabend die Unterzeichnung vornehmen zu können. Der ungarische Gesandte in Paris würde in diesem Falle seine Regierung vertreten.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

17. Fortsetzung — Nachdruck verboten

Fritz war plötzlich verschwunden. Am Fenster eines Zimmers stand er und skizzierte das reizende Bild. „Die lachende Sorglosigkeit" sollte dieses Werk heißen.

Dann saßen alle um den großen runden, blütenweiß gedeckten Tisch. Man fühlte sich so wohl im Kreise dieser zufriedenen, glücklichen Menschen, die nichts vom Trubel der Welt in ihr trauliches Heim ließen. Zu diesen Nachbarn war Morland geritten.

Karl Heinz und Fritz aber schauten sich die Augen aus nach dem lachenden Gesichtchen, welches ihnen beiden lieb und vertraut war. Aber alles blieb still. Eine seltene Unruhe kam über die beiden Männer. Sie gingen durch den Garten nach den Ställen. Hier war ein baumlanger schwarzer Kerl beschäftigt, die Pferde zu striegeln und zu bürsten.

Die beiden Herren warfen sich einen verstehenden Blick zu. „Wir wollen Miß Ethel entgegenreiten," sagte Saldern. Der Schwarze sattelte behend die Pferde. Auf ein riesiges Tier schwang er sich selbst.

„Sie wollen mit?"

„Jawohl, Miß wird Unglück sein, sonst immer pünktlich."

Salderns Gesicht sah blaß aus; er jagte davon. Eschingen und der Schwarze hinter ihm her. Unweit eines Wäldchens machten sie Halt. Jonny ging zu den Negern, die dort auf einem der riesigen Felder Mais schnitten. Bald kam er zurück mit der Auskunft: Miß Ethel war vor einer Stunde in der Richtung nach dem Landhaus zu geritten.

Der Neger sah plötzlich mit seinen Falkenaugen scharf nach einer Richtung. Er sprengte davon, Eschingen und Saldern hinterdrein. Der Schwarze hielt auf einen hellen Punkt zu, welchen auch die andern jetzt bemerkten, und dann waren sie plötzlich alle drei von den Pferden herunter und knieten an Ethels Seite. Diese lag besinnungslos in einem Gestrüpp von Disteln und Gewächsen. Ihr weißes Pferd stand unbeweglich neben ihr und schaute mit den klugen, schönen Augen auf die Herrin. Wäre das Tier fortgelaufen, so hätte es Ethel rettungslos zu Tode geschleift, denn sie hing noch mit dem kleinen Fuß fest im Steigbügel. Das treue Tier stand wie aus Stein so ruhig neben ihr, bis der kleine Fuß befreit war.

Eschingen, der weitaus Kräftigere, nahm sie auf seine gestählten Arme. Noch immer war sie ohne Besinnung. Da schlug sie plötzlich die Augen auf und ein seliges Lächeln ging über ihr Gesicht. „Du bist bei mir, du?" flüsterte sie so leise, daß nur er es verstand. Dann lag sie wieder ganz still mit geschlossenen Augen.

Eschingen war tief erschrocken. „Armer Freund," dachte er, „welch eine Wirrnis auf dieser Welt."

Plötzlich stieß Saldern einen leisen Schreckensruf aus. „O mein Gott, sie ist verletzt, hier am Reitkleid ist ja Blut."

„Aber wo?"

Beide hatten denselben Gedanken, sie konnten der jungen Dame nicht helfen. So stieg Saldern aufs Pferd, und Eschingen legte ihm zart und vorsichtig die Besinnungslose in die Arme.

Der Schwarze jagte nach der Stadt zum Arzt, während die beiden Freunde mit dem Mädchen in langsamem Schritt nach dem Landhause ritten.

Morland kam ahnungslos heim, als der Arzt kam. „Na, was ist los?" fragte er neugierig. Es kam ja bei der zahlreichen Dienerschaft oft vor, daß der Arzt helfen mußte. Vor allem kränkelte Miß Irving, die Anstandsdame Ethels, sehr oft. Da machte der schwarze Jonny ihm die Mitteilung, daß für Miß Ethel der Arzt geholt worden sei. Morland rannte, trotz seiner Körperfülle, die Treppe hinauf wie ein Jüngling. Sein Kind war krank, Ethel, die noch nie einen Arzt gebraucht.

Der Arzt vermochte nicht so schnell zu folgen. Dann stand er an Ethels Lager. Alle, bis auf den Vater, verließen das Zimmer. Mit zusammengepreßten Lippen sah Morland auf das blasse Gesicht seiner Tochter nieder.

Plötzlich richtete sich der Arzt auf: „Schulterschuß," sagte er kurz.

„Was?" schrie Morland, „auf meine Tochter ein Schuß abgegeben? Wer soll?"

Der Arzt gebot ihm, sich ganz ruhig zu verhalten. Dann klingelte er selbst die Dienstboten herbei. Morland war zu nichts fähig. Fast versteinert saß er in seinem Sessel. Der Arzt ordnete an, zu bringen, was er brauchte. Bald war alles zur Stelle, heißes Wasser, Tücher, Verbandszeug. Der Arzt bekleidet eine ältere Dienerin zurück zu etwaigen Handreichungen. Nun begann das schwierige Werk. Die Kugel wurde nach vielen Mühen herausgezogen. Ethel hatte dabei schmerzlich aufgestöhnt.

Da bedeckte der alte Morland sein Gesicht mit beiden Händen. Seine kleine Ethel, sein Wildfang, die ihn so bald schon nach ihrer Geburt die Enttäuschung auf den Stammhalter vergessen ließ. Nun litt sie. Welch ein Schuft mochte das getan haben? „Doktor, ist es schlimm?" fragte er mit leiser Stimme.

„Na, Kopf hoch, Mister Morland, es geht nicht ans Leben. Die gesunde, kräftige Natur von Miß Ethel hilft uns viel. Aber verschiedene Wochen wird es natürlich dauern."

Morland drückte ihm beide Hände. „Doktor, was bin ich froh, was tun wir am besten für meinen kleinen Wildfang?"

„Vorerst schicke ich eine gute Pflegerin. Dann sehe ich täglich zweimal nach unserer Patientin. Sie sorgen für die allergrößte Ruhe, dann können wir das Beste hoffen. Es wäre mir aber lieb, wenn Sie mir Ihr Auto zur Verfügung stellten, da wäre die Pflegerin schneller hier."

„Aber natürlich, Doktor, selbstverständlich. Mein Auto soll Sie jeden Tag holen und heimbringen."

Der Arzt lächelte: „Das nehme ich mit Dankbarkeit an, verehrtester Mister Morland. In meiner alten Karosse ist es kein Vergnügen. Also ich bin früh 9 Uhr zum Abholen bereit und am Nachmittag, na, sagen wir gegen 6 Uhr. Sollte irgend etwas Unvorhergesehenes eintreten, dann rufen Sie mich sofort." Er trat noch einmal zu der Kranken, fühlte den Puls und überzeugte sich, ob der Verband gut saß. Dann ging er, von Morland begleitet, zur Tür.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300429-16/fragment/page=0002

Folgen der neuen Agrarpolitik.

Ernste Sorgen der österreichischen Grenzlandwirtschaft.

⊠ **Wien**, 26. April.

Innerhalb der Landwirtschaft des österreichisch-deutschen Grenzgebietes macht sich Bestürzung über die ernsten Auswirkungen der deutschen Agrargesetzgebung Geltung. Der neue Milchzoll von 5 Pfennig für das Kilogramm bedeute, da das Geschirr mitgewogen werde, praktisch einen Zoll von elf Groschen pro Liter. Da viele Grenzgebiete auf die Milchausfuhr in die benachbarten bayerischen Städte und Industrieorte angewiesen seien, so verlangten diese Gemeinden im Grenzgebiet Absatzmöglichkeiten für ihre Milch. Dazu komme die Befürchtung, daß der neue deutsch-österreichische Handelsvertrag hinsichtlich des Grenzverkehrs beider Länder eine Einschränkung der Zollgrenze mit sich bringen könne.

Verschiedene deutsche Grenzstädte, so besonders Passau, wollten ihr Gemeindegebiet außerhalb des Grenzgebietes haben; für die österreichische Landwirtschaft an der Grenze bedeute dies neue Gefahren, da der seit vielen Jahrzehnten bestehende Absatz ganz aufhören würde. Eine Abordnung der in Frage kommenden Grenzgemeinden sprach bei den maßgebenden Behörden vor, um gegen die Verschlechterung der bisherigen landwirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich Einspruch zu erheben. Der Bundesminister für Landwirtschaft gab seine Zusicherung, daß er alles aufbieten werde, um die Verhältnisse zu ändern. Der österreichische Außenminister habe durch die Berliner Gesandtschaft bereits Schritte unternommen. Der Abordnung wurde zugesagt, daß die augenblickliche Lage der österreichischen Grenzlandwirtschaft berücksichtigt werden müsse.

Polnische Kultur.

Aufständische stören deutsche Theatervorstellung.

+ **Kattowitz**, 26. April.

Die Tegernseer Bauernbühne, die seit 6 Wochen in Ost-Oberschlesien Gastvorstellungen gibt, wollte in Laurahütte ein Lustspiel aufführen.

Während der Vorstellung drang eine Bande von etwa 30 früheren polnischen Aufständischen in den Vorraum des Saales und versuchte die Aufführung zu stören. Zwei Polizeibeamte und einige beherzte Männer traten den Angreifern entgegen und konnten sie zurückdrängen. Die Aufrührer versuchten daraufhin gewaltsam die Türen zu sprengen und in den Saal einzudringen. Unter den Zuschauern entstand die größte Beunruhigung und Erregung. Da die Lage immer bedrohlicher wurde, mußte polizeiliche Verstärkung erbeten werden. Die Aufständischen räumten aber auch nach dem Eintreffen weiterer Beamter nicht das Feld, sondern warteten den Schluß der Vorstellung ab.

Die Polizei brachte dann die Schauspieler in Sicherheit. Auch das Publikum wurde, soweit es möglich war, nach Hause begleitet, so daß sich keine weiteren Zwischenfälle ereigneten. Ohne das tatkräftige Eingreifen der Polizeibeamten wäre es zweifellos zu Blutvergießen gekommen. Eine weitere Vorstellung, die in Tichau angesetzt war, ist vom dortigen Gemeindevorstand im letzten Augenblick ohne Begründung verboten worden.

„Graf Zeppelin" wieder im Heimathafen

Friedrichshafen, 28. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" besuchte, nachdem es gegen dreiviertel 5 Uhr über dem Heimathafen erschienen war, noch Vorarlberg und das Säntisgebiet. Die ursprünglich auf sieben Uhr angesetzte Landung mußte wegen plötzlich auftretenden Bodennebels etwas früher erfolgen. Kurz nach sieben Uhr wurde das Luftschiff in die Halle verbracht. Unter den 20 Passagieren, die mit dem „Graf Zeppelin" in Friedrichshafen eintrafen, befand sich der Direktor der englischen Zivilluftfahrt, Sir Sefton Branker.

Wie Kapitän Lehmann berichtete, wurde in England auf Wunsch des Herzogs von York das große Fußballstadion überflogen, wo vor über 100 000 Zuschauern gerade ein großes Entscheidungsspiel ausgetragen wurde. Spieler und Zuschauer brachten dem Luftschiff begeisterte Ovationen dar. Insgesamt betrug die durchflogene Strecke etwa 2 000 km. Am Mittwoch findet die bereits gemeldete Passagierfahrt in die Schweiz statt. Der Beginn der Südamerikafahrt des Zeppelin ist nunmehr auf den 18. Mai festgesetzt.

„Familie und Volk".

Dr. Hellpach auf dem Bielefelder Reichselterntag.

= **Bielefeld**, 26. April.

Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reich wurde der achte Evangelische Reichselterntag eröffnet. Der Vorsitzende, Senatspräsident Radtke, gab einen Ueberblick über die schulpolitische Arbeit.

Den Festvortrag hielt der frühere badische Staatspräsident, Professor Dr. Hellpach, über „Familie und Volk". Er bekannte sich zur völligen Unlösbarkeit der Ehe.

Es handele sich um eine Tugendkrise, um eine Auflösung sittlicher Maßstäbe. Die alten Tugendnormen, Jungfräulichkeit, Mütterlichkeit und Lebensverbundenheit für die Ehe seien heute noch Tugenden, die nicht preisgegeben werden dürften.

Es komme darauf an, die unantastbaren Wesensbestandteile der Familienordnung, nämlich die grundsätzliche Lebenslänglichkeit der Ehe und Unverletzbarkeit der Leibesfrucht von den altgebundenen Relativen zu unterscheiden.

Professor Hellpach wandte sich dann gegen die Kameradschaftsehe. Es gebe keine Probeehe auf Zeit; denn nur im ganzen Leben könne die Ehe sich erproben. Es gebe keine Kameradschaftsehe, denn Kameradschaft sei nur ein Teil der Ehe. Aufs schärfste sei die Unantastbarkeit des keimenden Lebens zu verteidigen. Zum Schluß wandte sich der Redner mit dringendem Appell an die evangelische Elternschaft.

Nicht konservatives Festhalten an überlieferten Grundsätzen, sondern ein reformatorisches Werk in Familie und Volk sei Aufgabe des heutigen Staates. An seiner Form Kritik zu üben, sei nicht Sache der Kirche, wohl aber habe sie dafür zu kämpfen, daß in einer sozial gerecht aufgebauten Gesellschaftsordnung sittliches Leben sich entfalten könne.

* **Die Ziehungsliste der Volkswohl-Lotterie ist eingetroffen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.**

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 28. April 1930

* **Helft Waldbrände verhüten!** Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit steigt die Gefahr der Waldbrände. Die Mehrzahl dieser Brände ist auf Fahrlässigkeit zurückzuführen. Obwohl das Rauchen im Walde verboten ist, wird selbst bei großer Trockenheit hiergegen verstoßen, ja, es werden sogar glimmende Zigarren- und Zigarettenreste achtlos weggeworfen. Nicht minder gefährlich ist das Abkochen im Walde oder am Waldesrand, das Verbrennen von vertrocknetem Gras an Böschungen, Wildhecken usw.; ausgedehnte Waldbrände können hierdurch verursacht werden, auch gehen durch diese Brände alljährlich erhebliche Werte dem deutschen Volksvermögen verloren. Ein jeder möge daher selbst alle feuergefährlichen Handlungen im Walde unterlassen, aber auch mithelfen, andere von Verstößen gegen die Vorschriften abzuhalten, damit der deutsche Wald unserem Volke als Erholungsstätte erhalten bleibe. Die Forst- und Polizeibeamten sind zur strengsten Durchführung der zur Waldbrandverhütung erlassenen Bestimmungen angewiesen.

* Vom 7. bis 10 Mai findet in Kemberg im Saale des Hotels „Blauer Hecht" eine **Ausstellung für hygienische Volksbelehrung** statt. Die Ausstellung gehört dem Provinzialverband Sachsen Sie zeigt Modelle über Anatomie, Wohnungshygiene, Säuglingsfürsorge, Zahnpflege, Arbeitshygiene und Arbeiterschutz, ansteckende Krankheiten usw. Die Besichtigung ist kostenlos. Die reichhaltige, interessante Ausstellung wird, wie an anderen Orten, auch in Kemberg viel Besucher anziehen.

Bad Schmiedeberg. Nachdem erst am 3. Feiertag unsere Freiw. Feuerwehr zu einem Brande nach dem benachbarten Großkorgau gerufen wurde, gab es am Sonnabend abend gegen 6 Uhr bereits wieder Alarm. Diesmal soß der rote Hahn auf dem Gehöft des Landwirts Erlich an der Straße von Kleinkorgau nach Pätzschwig. Das Feuer, das beim Backen durch den schadhaften Backofen zum Ausbruch gekommen war, erstreckte sich auf das Wohnhaus und äscherte dieses auch bald vollkommen ein Bei dem raschen Umsichgreifen des Feuers konnten die bald an der Brandstelle eintreffenden Wehren nicht viel ausrichten, lediglich ein Ausdehnen des Brandes auf die angrenzenden Wirtschaftsgebäude konnte verhütet werden.

Coswig, 25. April. In der hiesigen Strafanstalt ereignete sich der immerhin seltene Fall, daß ein Strafgefangener zwecks Heirat beurlaubt wurde. Da man jedoch nicht sicher war, daß er nicht über den Zapfen hauen würde, gab man ihm eine Bedeckung mit, bestehend aus zwei Anstaltsbeamten im Sonntagsstaat; denn sie sollen praktischerweise gleich als Trauzeugen fungieren. Nach dem standesamtlichen Akt wanderte der frischgebackene Ehemann mit seinen Begleitern wieder ins Gefängnis zurück, während die junge Frau in ihre Heimat zurückfuhr. Die eigentliche Feier soll erst steigen, wenn der Ehemann wieder aus dem Gefängnis entlassen ist. Die beiden Beamten sollen dazu eingeladen werden.

Halle. Ausbau des Rettungswachdienstes an der Saale. Im Juli vorigen Jahres wurde an der Saale ein Rettungswachdienst ins Leben gerufen. Diese Einrichtung ist inzwischen soweit vervollkommnet worden, daß die planmäßige Kontrolle des Flusses am 1. Juli aufgenommen werden kann. Von der Tiefbauverwaltung der Stadt Halle sind zwei Rettungsstationen zur Verfügung gestellt worden, die mit Rettungsbooten und Geräten ausgestattet sind. Sonntags steht noch eine dritte Station des Roten Kreuzes am Fellenburgkeller zur Verfügung. Verschiedene Vereine haben sich freiwillig in den Dienst der Sache gestellt und Patrouillen-Bootsfahrten eingerichtet.

Halle. Das tote „Kind der Straße". Hier wurde das neugeborene Kind einer 20jährigen Hausangestellten mit schweren Kopfverletzungen in die Klinik eingeliefert, wo es bald darauf starb. Die Kindesmutter gibt an das Kind mitten auf dem Bürgersteig zur Welt gebracht zu haben. Dabei soll es auf den Bürgersteig gefallen sein und sich die schweren Kopfverletzungen zugezogen haben. Die Mutter will es in eine Hemdhose, die sie an Ort und Stelle ausgezogen habe, gewickelt und in die Wohnung ihrer Eltern gebracht haben. Nach dem Sektionsbefund werden die Angaben jedoch angezweifelt. Zeugen der „Geburt auf der Straße" haben sich bis jetzt noch nicht gemeldet.

Mücheln. Eine rührende Tiergeschichte Hier ging eine Kaninchenmutter einige Tage nach dem Wurf von vier Jungen ein. Da regte sich das mitleidige Herz einer Katze und das Tier nahm sich der hilflosen Kaninchenwaisen in rührender Weise an, ernährte und betreute sie wie die echte Mutter.

Calbe. Freitod, kein Mord. Kürzlich wurde aus der Saale die Leiche einer Frau mit einer Schnittwunde am Halse gezogen. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben daß die Frau Selbstmord begangen hat. Es handelt sich um die Malermeistersfrau Römecke aus Koswig.

Stolpen. Schwerer Motorradunfall. Ein aus Dresden stammender Justizbeamter, der auf seinem Motorrad mit seinem 12jährigen Sohne in der Richtung Dresden fuhr, stieß in der Nähe der sogenannten Hofeschmiede mit einem Handwagen zusammen, den er überholen wollte. Dabei stürzte der Fahrer so schwer gegen einen Straßenbaum, daß er eine Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch davontrug und ins Carolahaus nach Dresden überführt werden mußte. Der Knabe, der die Böschung hinunterflog, kam unverehrt davon, während die Frau, die den Handwagen zog, eine tiefe blutende Wunde am Hinterkopf davontrug.

Zwönitz. Unwetterschaden. Ueber Stadt und Umgebung ging ein heftiges Frühlingsgewitter mit wolkenbruchartigem Regen nieder und setzte mehrer Kellerwohnungen unter Wasser. Auch in der Gegend von Thum hat der Gewitterregen schweren Schaden verursacht.

Neugersdorf. Fassadenkletterer. In der Villa eines hiesigen Fabrikbesitzers entwendete ein Dieb aus dem Mansardenzimmer des Dienstmädchens einen größeren Geldbetrag. Er war am Blitzableiter emporgeklettert und auf der Dachrinne bis zu dem offenstehenden Fenster hingelaufen. Den Rückweg hat der Dieb in der gleichen Weise genommen.

Plauen. Der Tod des Eisenbahners. Als der 45 Jahre alte Wagenmeister Willy Brändel auf dem Oberen Bahnhof die dort stehenden Wagen kontrollierte, rückten die Wagen plötzlich an, während er sich gerade unter einem Wagen befand. Er wurde überfahren und sofort getötet. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

— **Die Landflucht.** Im Zeitraum von 1871 bis 1925 hat sich in Deutschland der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung fast verdoppelt: 1925 wohnten 64,3 Prozent aller Deutschen in den Städten. Der gesamte Bevölkerungszuwachs von 41 Millionen (1871) auf 62 Millionen Menschen (1925) ist ausschließlich den Städten zugute gekommen; ja noch mehr die Landbevölkerung ist heute um 4 Millionen geringer als 1871. Gab es im Jahre 1871 in Deutschland acht Großstädte, so ist die Zahl im Jahre 1925 auf 45 angestiegen. Die Großstadtbevölkerung hat sich in diesem halben Jahrhundert verachtfacht, während sich die Stadtbevölkerung etwa verdreifacht hat. Einige Beispiele für das Wachstum der Großstädte: Die Bevölkerungszahl der Stadt Hamborn ist von 1871 bis 1928 auf das 63-fache gestiegen, die von Gelsenkirchen auf das 26fache, von Buer auf das 20fache, von Gladbach auf das 17fache, von Saarbrücken auf das 16fache, von Recklinghausen auf das 17fache, von Ludwigshafen auf das 13fache, von Hindenburg auf das 11fache, von Bochum auf das 10fache, Berlin auf das 5fache, Hamburg auf das 4,5fache, München auf das 4fache.

— **Vorsicht beim Ueberholen von Lastkraftwagen.** In letzter Zeit sind öfters Autounfälle dadurch hervorgerufen worden, daß auf schmalen Straßen Lastkraftwagen mit Anhängern von anderen Kraftfahrzeugen überholt wurden, ohne daß der Führer des Lastkraftwagens das überholende Fahrzeug bemerkt hatte. Hierbei ist der Lastkraftzug, der vorher die rechte Straßenmitte inne hatte, plötzlich während des Ueberholens auf die Straßenseite eingelenkt, so daß das überholende Fahrzeug dann mit ihm zusammenstieß. Auch die Gefahr der Schleuderwirkung von Anhängern wird oft nicht genügend beachtet, vor allem, wenn die Lastkraftzüge wegen Vorliegens besonderer Umstände nicht genügend weit rechts fahren. Es kann deshalb nicht oft genug den Kraftfahrzeugführern anempfohlen werden, beim Ueberholen von Lastkraftzügen besondere Vorsicht walten zu lassen, ebenso wie es angebracht erscheint, daß die Inhaber von Firmen, die Lastkraftzüge im Betrieb verwenden, die bei ihnen angestellten Fahrer öfters darauf hinweisen, daß sie sich mit ihren Lastkraftzügen möglichst weit rechts halten und auf Kraftfahrzeuge, die ihre Lastkraftzüge überholen **wollen**, mehr achten.

Hausfrauentagung. Der Verband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine hielt in Dresden unter Leitung seiner Vorsitzenden Frau Jung-Mühlbach seine 13. Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, den die Geschäftsführerin von Seydlitz erstattete, ging hervor, daß die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine auf 124 gestiegen ist. Der Hausfrauenverein für Dresden und Umgegend veranstaltet gegenwärtig im Ausstellungspalast eine sehenswerte Schau „Im Reiche der Hausfrau".

Landestagung des sächsischen Kleinhandels. Der geschäftsführende Vorstand im Landesausschuß des sächsischen Kleinhandels wird seine diesjährige Landestagung, die mit einer großen öffentlichen Kundgebung des gesamten sächsischen Kleinhandels verbunden sein wird, vom 15.—17. Juni in Limbach abhalten.

Rothenacker. Sie proklamieren den Schulstreik. In Verfolg der Durchführung der Sparmaßnahmen auf schulischem Gebiet hat das thüringische Volksbildungsministerium angeordnet, daß die Schulstelle Willersdorf aufgehoben wird, und zwar rückwirkend vom 1. April d. J. ab. Die 17 Schulkinder von Willersdorf sind der Schule in Rothenacker überwiesen worden. Dagegen wehren sich die Erziehungsberechtigten der Willersdorfer Schulkinder und wollen mit Beginn des Unterrichts nach den Osterferien den Schulstreik proklamieren.

Berlin. Krach in der Bezirksversammlung Berlin-Tiergarten. Zu großem Lärm und Prügeleien kam es in der Sitzung der Bezirksversammlung Tiergarten bei Zusammenstößen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Polizei mußte einschreiten, und die ärgsten Radaumacher festnehmen. Dabei wurde auch vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht. Auf der Straße setzte sich der Tumult weiter fort, so daß auch hier die Polizei noch einmal einschreiten mußte.

Schweidnitz. Der „Schlesische Beobachter" verboten. Die Wochenzeitung „Schlesischer Beobachter", die zugleich das parteiamtliche Organ der Nationalsozialisten in Schlesien ist, wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, Lüdemann, auf die Dauer von drei Monat, bis zum 25. Juli 1930, verboten. Begründet wird das Verbot mit einem Verstoß gegen das Republikschutzgesetz. Das Blatt hat gegen das Verbot Beschwerde eingelegt.

Chemnitz. Gewitter und Wolkenbrüche im Erzgebirge. Das westliche Erzgebirge wurde von einer Reihe schwerer Gewitter heimgesucht, die stellenweise von wolkenbruchartigen Regenfällen begleitet waren. Ueberschwemmungen werden aus Aue, Thum und Zwönitz gemeldet. Der Jahnsbach wurde in einen reißenden Strom verwandelt, der zahlreiche Telegraphenstangen, die an seinen Ufern standen, umriß und talabwärts entführte. Auch mehre erzüssgängerstege wurden von den tobenden Wassern abgerissen und mitgeführt. In dem Dörfchen Jahnsbach wurden mehrere Wohnungen und Keller unter Wasser gesetzt, und auch in der Stadt Thum richtete das Hochwasser beträchtlichen Schaden an. Auch die Zwönitz wuchs zu einem reißenden Strom an und überflutete den ganzen unterhalb der Schleuse gelegenen Teil der Stadt Zwönitz, wo das Wasser stellenweise meterhoch in den Straßen stand. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. In Chemnitz-Hilbersdorf schlug der Blitz in die Leitung eines Feuermelders und alarmierte auf diese Weise die Feuerwehr.

Gladbeck. Blutige Wirtshausschlägerei. In einer Wirtschaft am Markt kam es zwischen mehreren Erwerbslosen und dem Kellner zu heftigen Auseinandersetzungen, die das Eingreifen der Polizei notwendig machten. Die Unruhestifter wurden von zwei Polizeibeamten aus dem Lokal entfernt. Dabei wurden die Beamten angegriffen, so daß einer der Beamten, der mehrere Messerstiche erhalten hatte, in der Notwehr Schüsse auf die Angreifer abgab, durch die ein Erwerbsloser und der zweite Beamte verletzt wurden. Die beiden Verletzten mußten ins Krankenhaus überführt werden, wo der Beamte in bedenklichem Zustande daniederliegt.

Magdeburg. Zwei Leipziger Haupttäter verhaftet. Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums mitteilt, hat die politische Polizei zwei der Haupttäter an den blutigen Ausschreitungen während des ersten Osterfeiertages in Leipzig, in deren Verlauf zwei Polizeibeamte getötet und mehrere verletzt wurden, ermittelt und festgenommen. Es handelt sich um die Demonstrationsteilnehmer Fritz Praetorius aus Burg und Alfred Bahr aus Ihleberg bei Burg. Beide haben im Verlaufe der Ausschreitungen Schußverletzungen erhalten und wurden von ihren Genossen sofort in die Heimat transportiert. Praetorius und Bahr hielten sich seit dieser Zeit versteckt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300429-16/fragment/page=0003

Die thüringischen Kaufhäuser wollen den Reichsfinanzhof anrufen

Weimar, 28. April. Anschließend an den Protest der Kaufhäuser gegen die neue Warenhaussteuer soll im Laufe dieser Woche wahrscheilich in Leipzig — eine Besprechung zwischen Warenhäusern und der thüringischen Industrie abgehalten werden, in der über das weitere Vorgehen beraten werden soll. Nach dem Standpunkt des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser verstoße die von der thüringischen Regierung geplante Sonderbelastung gegen das Finanzausgleichsgesetz. Man will deshalb unter Umständen den Reichsfinanzhof anrufen.

Am Montag abend wird eine interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien stattfinden, bei der auch das Warenhaussteuergesetz einer nochmaligen Besprechung unterzogen werden soll. Von der Wirtschaftspartei wird voraussichtlich eine Aenderung des Gesetzes in dem Sinne vorgeschlagen werden, daß einige Warengruppen (z. B. Möbel und Gardinen, Musikinstrumente und Musikliteratur usw.) unter neuen Sammelbegriffen zusammengefaßt werden sollen. Man will damit erreichen, daß einige Mittelstandsbetriebe, die jetzt unter das Gesetz fallen würden, davon ausgenommen werden.

Schweres Eisenbahnunglück bei Barsdorf

Berlin, 28. April.

Gestern vormittag entgleisten auf der Reinickendorf-Liebenwalder Eisenbahn hinter dem Bahnhof Basdorf infolge falscher Weichenstellung die beiden letzten Wagen eines von Berlin kommenden überfüllten Zuges. 11 Berliner Ausflügler wurden verletzt, davon 4 so erheblich, daß sie in das Krankenhaus Bernau überführt werden mußten. Die Untersuchung ergab die zweifelsfreie Schuld des Bahnhofsvorstehers Otto vom Bahnhof Basdorf, der nach eigenem Eingeständnis sich bei der Bedienung der Weiche vergriffen hatte.

Schwerer Schiffszusammenstoß bei Helgoland.

Ein englischer Kohlendampfer gesunken. — Die Besatzung gerettet.

+ **Cuxhaven**, 27. April.

Der amerikanische Passagierdampfer „President Harding" ist am Sonnabendvormittag in der Nähe von Helgoland in dichtem Nebel mit dem englischen Kohlendampfer „Kirkwood" zusammengestoßen. Der englische Dampfer ist bald nach dem Zusammenstoß gesunken. Seine Besatzung wurde vom „President Harding" übernommen.

„President Harding" befand sich auf der Fahrt von Neuyork nach Hamburg, wo er am Sonnabendvormittag eintreffen sollte. Das Schiff ist nach dem Unfall des dichten Nebels wegen beim Feuerschiff „Elbe I" vor Anker gegangen. Ob und welche Beschädigungen „President Harding" erlitten hat, ist noch nicht bekannt.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

2 160 000 Hauptunterstützungsempfänger.

⊶ **Berlin**, 26. April.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. April 1930 schritt die Entlastung des Arbeitsmarktes nur langsam fort.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zwischen dem 1. und 15. April 1930 um rund 195 000 Personen auf 1 859 000 zurückgegangen, während sich in der Krisenunterstützung die Unterstützungszahl um etwa 8700 Personen auf 302 000 erhöht hat, so daß insgesamt in diesen beiden Unterstützungseinrichtungen Mitte April 1930 rund 2 160 000 Hauptunterstützungsempfänger unterstützt worden sind.

Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre, Ende Februar 1930, betrug die Frühjahrsentlastung in beiden Unterstützungseinrichtungen in den sechs Wochen bis zum 15. April 1930 rund eine halbe Million Hauptunterstützungsempfänger. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres liegt das Unterstützungsniveau gegenwärtig um insgesamt 480 000 Personen höher.

Geschäftliches.

Der Sieg der drei F. N. Motorräder bei der ADAC 144 Stundenfahrt. Die ADAC 144 Stundenfahrt für fabrikneue, absolut serienmäßige Motorräder, die in der Zeit vom 7. bis einschl. 13. April auf dem Nürburgring stattfand, gab einen eindrucksvollen Beweis für die außergewöhnlich hohe Leistungsfähigkeit und für die überaus gute Materialbeschaffenheit der F. N. Motorräder. Die drei teilnehmenden F. N. Maschinen mit dem bewährten 350 ccm. F. N. Vierlakt-Blockmotor beendeten diese schwierigste aller je stattgefundenen Prüfungsfahrten völlig strafpunktfrei und errangen die höchste Auszeichnung nämlich die große goldene ADAC Medaille. Außerdem wurden die drei F. N. Motorräder in der Einzelwertung noch mit je einer kleinen goldenen Medaille ausgezeichnet.

Wenn man die Umstände betrachtet, unter denen die 144 Stundenfahrt stattfand, muß man die Leistung des siegreichen F. N. Teams ganz besonders hoch bewerten. Darüber hinaus aber muß selbst der größte Skeptiker zugeben, daß alle Maschinen des gleichen Typs unbedingt zur gleichen Leistung befähigt sein müssen.

Die Motorräder wurden von einer Kommission des ADAC wahllos aus beliebigen Fabriklagern herausgegriffen, plombiert, verpackt und nach der Prüfungsstrecke gesandt. Erst unmittelbar vor dem Start händigte man den Führern die Maschinen aus. Schärfste Kontrolle vor, während und nach der 144 Stundenfahrt sorgte dafür, daß nicht die geringste Arbeit an den Maschinen unbeobachtet, also ohne Strafpunkte vorgenommen werden konnte. Ein Werk, daß sich unter solchen Umständen zu einer Teilnahme an der Veranstaltung entschloß, mußte ein unbegrenztes Vertrauen zu seinem Fabrikat haben. Das Vertrauen, das die F. N. Werke in ihre Maschinen legten, war voll und ganz gerechtfertigt, denn während der ungeheuren Beanspruchung versagte keine der Maschinen auch nur für Sekunden ihren Dienst. 189 Runden, je mit einer Länge von ca. 28,3 km. wurden von den F. N. Motorrädern mit Sekunden-Genauigkeit zurückgelegt. Die 16 malige Bergprüfung, der sich die drei F. N. Motorräder unterziehen mußten, wurde von ihnen glänzend bestanden. Gerade bei der 28%igen Steilstrecke des Nürburgringes zeigte sich die überlegene Motorleistung des 350 ccm. F. N. Motorrades. Maschinen, die während einer ununterbrochenen Fahrt von 144 Stunden auf der schwierigen Nürburgring-Strecke ihren Dienst niemals versagten, die 16 mal die gefürchtete Steilstrecke dieser Bahn glatt bewältigten, müssen vorzüglich sein. Bei der Zustandsprüfung am Schlusse der 144 Stundenfahrt konnte an den drei F. N. Maschinen nicht die geringste Störung festgestellt werden. Die Maschinen waren eben erst richtig eingefahren.

In Anbetracht des glänzenden Erfolges, den die drei wahllos aus der Serie herausgenommenen 350 ccm. F. N. Motorräder erringen konnten, hat sich die F. N. Motoren-Gesellschaft m. b. H. Berlin entschlossen, ihrem 350 ccm. Modell die Bezeichnung „Typ Nürburg" zu geben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.

Der Reichsbankausweis vom 15. April zeigt eine weitere Entlastung. Die gesamte Kapitalsanlage verringerte sich um 267,4 Mill. auf 1926,2 Millionen. Der Umlauf an Reichsbanknoten in um 258,7 Millionen zurückgegangen. Die Giroguthaben stiegen um rund 119 Millionen. Die Deckung der Noten durch Gold erhöhte sich von 55,7% auf 59,2%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,4% auf 67,5%.

Die allgemeine Wirtschaftslage hat sich bis auf wenige Gruppen, wie z. B. die Kaliindustrie, nicht gebessert. Die verschiedensten Produktionszweige berichten über weiteren Produktionsrückgang. Insonderheit trifft dies auch für die Schwerindustrie zu.

Das Außenhandelsergebnis für den Monat März zeigt erfreuliche Ziffern. Im reinen Warenverkehr ist ein Ausfuhrüberschuß von 220 Millionen vorhanden. Die Ausfuhrsteigerung ist fast ausschließlich auf die Erhöhung von Fertigwaren zurückzuführen, ein Zeichen, daß die Industrie bestrebt ist, die mangelhafte Absatzmöglichkeit des Inlandes durch forcierte Ausfuhr auszugleichen. — Die Großhandelsindexziffer ist um 0,2% auf 126,7% gesunken.

Der Geldmarkt ist weiterhin flüssig, vor allem ist kurzfristiges Geld stark angeboten. Der Spar-Einlage-Zuwachs der deutschen Sparkassen zeigt sinkende Tendenz.

Ueber den Bausparmarkt wird berichtet: Die Bausparkasse der Rheinprovinz hat nach 6 Monaten bereits RM. 443000.— 4%iges Bauspargeld an 34 Sparer ausschütten können. Die bei der Oeffentlichen Bausparkasse der Mitteldeutschen Landesbank-Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt in Magdeburg bisher eingelaufenen Anträge haben den Betrag von 2 Mill. RM. bereits überschritten. In Halle ist die private Bauspargesellschaft und Baugenossenschaft „Heimstättenbaubund" in Schwierigkeiten geraten, so daß die Gefahr besteht, daß die vielen Mitglieder dieses Unternehmens ihre Einlagen zum Teil verlieren werden. Der Generaldirektor des Heimstättenbaubundes, Terhorst, ist wegen Betruges und Unterschlagung verhaftet worden.

Dienstag abends 8 Uhr im **Bürgersaal** **Bibelstunde**

Prediger Westermann-Wittenberg.

Hierzu wird herzlichst eingeladen

Holzversteigerung

Am **Sonnabend, den 3. Mai,** vormittags 10 Uhr verkaufe ich einen Posten

Glaser- und Tischlerware

ca. 60—70 fm, 1 Jahr abgelagert, trocken.

W. Schmidt, Reuden

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuck, Gold u. unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten und Stiftzähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Gemüse- u. Blumen-

Samen

empfiehlt **Ww. W. Becker**

Prima junges fettes

Rind- und Hammelfleisch

frische Flecke empfiehlt

Rich. Krausemann Nachf.

Morgen Dienstag früh halb 8 Uhr

Speck-Kuchen

Ernst Wend

Dienstag früh

frischer Schellfisch in Eispackung

Paul Mierzschke, Burgstraße

Frischmilch. Ziege

zu verkaufen

H. Busch, Leipzigerstraße

Leinölfirnis

Kalkfarben Oelfarben

Oelbleiweiß

Fußbodenlackfarbe

Emaillelack

Karbolineum = Holzteer

empfiehlt **Ww. W. Becker**

Eine Fuhre

Pferdedung

abzugeben **Leipzigerstr. 39**

10 Morg. Elbwiese

Gemarkung Nieder-Boos zu je 5 Morgen

verkauft

Arthur Fritsche, Melzwig

Prima frisches fettes

Hammelfleisch

empfiehlt **Ernst Bachmann**

Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke

Ziehung:

7. bis 14. Juni 1930

Auf Wunsch 90% in bar

Los 1 M., Doppellos 2 M.

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Fahrschule

für Kraftfahrzeuge

Auto-Heinze, Wittenberg

3] Ruf 2040

Kapitalsuchende

für Hypothek, Baugeld, Darlehn usw. wenden sich an Jogmin, Wittenberg, Hotel Goldener Adler, persönlich nur anwesend Mittwoch, 30. 4., von 10—1 Uhr. Auskunft unverbindlich

Stellen-Anzeigen

für den

Personal-Anzeiger des Daheim

werden durch unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 64 ohne Spesenzuschlag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 1 M. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen • Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Bürger-Verein

Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr bei Ernst Bachmann

Versammlung

Der Vorstand

Freiw. Feuerwehr

Dienstag, den 29. April, abends **halb7** Uhr pünktlich

Uebung

Sammelort: Spritzenhaus.

Nach der Uebung

Versammlung

beim Kameraden Irmer.

Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht

Der Oberbrandmeister

Stenographie-Unterricht

Am **Dienstag, den 29. April,** abends 1/2 9 Uhr beginnt in der Schule, Eingang Kreuzstraße, ein neuer

Anfänger-Kursus

in dem System Stolze-Schrey Kursusgebühr 5,— Rm. ohne Bücher

Anmeldungen nimmt der Kursusleiter Richard Arnold entgegen.

Stenographen-Verein Stolze-Schrey

Portemonnaies -:- Reisekoffer

empfiehlt billigst **Richard Arnold**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Kemberg, im April 1930

Erwin Holzhausen und Frau

Danksagung.

Allen denen, die unserm lieben Entschlafenen

Karl Ruprecht

durch Wort, Schrift, Blumenspenden und letztes Geleit ehrten, sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank allen denjenigen, die unsern lieben Vater während seines schweren Krankenlagers besuchten, wie ebenso dem Krieger- und Militär-Verein Ateritz-Gommlo, sowie den Forstinteressenten für das Ehrengeleit und dem Herrn Pfarrer für seine trostreichen Worte.

Mark Schmelz, den 25. April 1930

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

In 2 Sekunden

werden Sie von Ihren schrecklichen Hühneraugen-Schmerzen befreit, wenn Sie das hundertmillionenfach bewährte **Kukirol** Pflaster anwenden. Es hilft schnell, sicher und unblutig. Eine Kleine Packung kostet 50 Pfg., eine Original-Packung mit der doppelten Menge 85 Pfennig. Die Kukirol-Fußpflege-Präparate sind überall erhältlich.

Bei Nichterfolg erhalten Sie Ihr Geld zurück!

Kukirol-Hauptverkaufsstelle: Löwen-Apotheke

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr 203.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300429-16/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 49 — **Dienstag, den 29. April 1930** — **32. Jahrg.**

Die Handwerksmeister sind verpflichtet, sämtliche Lehrlinge zwecks Eintragung in die

Lehrlingsrolle

bei der Handwerkskammer in Halle (Königstraße 87) schriftlich anzumelden. Lehrverträge sind mit einzusenden.

Kemberg, den 24. April 1930.

54] **Der Magistrat.**

Die diesjährigen Impfungen

finden **Freitag, den 2. Mai,** im Gasthause zur Weintraube statt und zwar:

für Wiederimpflinge 14½ Uhr,
für Erstimpflinge 15 Uhr.

Nachschau:

Freitag, den 9. Mai,
für Wiederimpflinge 14½ Uhr,
für Erstimpflinge. 15 Uhr

in demselben Lokale.

Kemberg, den 28 April 1930.

55] **Die Polizeiverwaltung.**

Für die Zeit des Heimatfestes

(7. bis 10. Juni)

können keine sonstigen Veranstaltungen genehmigt werden.

Kemberg, den 28. April 1930.

56] **Die Polizeiverwaltung.**

Neues in Kürze.

* **In einer Unterredung mit dem ungarischen Kultusminister begrüßte dieser die übertans freundschaftlichen Beziehungen, die auf kulturellem Gebiete Preußen mit Ungarn verknüpfen.**

* **Endlich ist es so weit, daß Herr Parker Gilbert sein Büro in Berlin auflöst und nach Amerika abreist.**

* **Im Interesse der Pariser Saarverhandlungen wird Staatssekretär von Simson bei der in den nächsten Tagen beginnenden Sitzung des Genfer Sicherheitsausschusses Deutschland nicht vertreten, sondern die Saarabordnung in Paris weiterführen.**

Handwerk und Ausfuhr.

Daß dem Handwerk für den Export derjenigen Fertigfabrikate, deren Herstellung ihrer Natur nach im handwerksmäßigen Betrieb erfolgt oder wenigstens handwerksmäßige Arbeiten einschließt, eine besondere Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand. Zahlenmäßig läßt sich darüber natürlich wenig sagen, weil selbst ein Vergleich unserer Exportstatistik mit der Betriebsstatistik nicht genügend Aufschluß gibt, um zu einem exakten Urteil zu gelangen. Man ist infolgedessen auf die direkte Befragung weitgehend angewiesen und in dieser Beziehung hat die unter der Leitung von Professor Dr. Hummel durchgeführte Handwerksenquete weitgehend Klarheit geschaffen.

Der Enquetebericht beschäftigt sich zunächst mit dem Grenzverkehr, der regelmäßig einen nicht unerheblichen Austausch von Handwerkserzeugnissen mit sich bringt. Dabei wird die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse im Verkehr mit Ländern, die entweder eine im Auslandswert sinkende Währung haben oder mit denen Zollstreitigkeiten bestehen, stark behindert oder ganz unterbunden. Das gilt zurzeit namentlich von dem Grenzverkehr mit der Tschechoslowakei, dem Elsaß und Polen. An den deutschen Grenzen der währungsschwachen Länder leidet andererseits das deutsche Handwerk schwer unter dem Wettbewerb der Ausländer. Es sind besonders in Schlesien die Musikinstrumentenmacher, Stellmacher (Schneeschuhe), Drechsler (Küchengeräte), Bürsten- und Pinselmacher, Korbmacher — auch an der polnischen Grenze — zu nennen. Der ausländische Wettbewerb geht hier ebenso wie an der holländischen Grenze Westfalens für die Erzeugung und den Vertrieb von Holzschuhen über den Rahmen des Grenzverkehrs hinaus. Im Reiseverkehr dringen aus dem Elsaß und der Tschechoslowakei vor allem auch fertige Kleidungsstücke ein. Es kommt hinzu, daß, zumal im Osten des Reiches die rücksichtslose Ziehung der neuen Grenzen in anderer Beziehung zu unhaltbaren Zuständen geführt hat. Den kleinen und mittleren Städten ist ein mehr oder minder großer Teil ihres alten Marktgebietes entrissen, die Beschäftigungsmöglichkeiten des Handwerks und Gewerbes wurden dadurch erheblich verringert. Zugleich häufen sich in ihnen die aus den ausländischen Grenzstädten vertriebenen deutschen Handwerker und vermehren den Druck, der über dem ganzen Gewerbe lastet.

Die eigentliche Ausfuhr einschließlich des Veredelungsverkehrs (Steinschmuck, Kürschnerei) leidet in der Nachkriegszeit sowohl unter den Steigerungen der Löhne, der sozialen Lasten und der Steuern im Reiche wie unter der Zollpolitik der außerdeutschen Länder, unter technischen Veränderungen und endlich unter der während des Krieges und später entstandenen Eigenerzeugung des Auslandes, die regelmäßig unter günstigeren Bedingungen arbeitet und auch aus der Abneigung vieler Fremdländer gegen alles Deutsche Nutzen zieht. Es kommt hinzu, daß die geschäftliche Organisation der Ausfuhr von Handwerkserzeugnissen zu wünschen übrig läßt, was früher nicht so sehr ins Gewicht fiel, heute aber bei dem verstärkten Wettbewerb und den vielfach aufgetretenen Bedarfswandlungen erschwerend wirkt.

gewerbe (Hanau, Oberstein-Idar) einen bedeutenden Auslandsumsatz. Auch aus den Kammerbezirken Berlin, Hamburg, München, Weimar, Plauen, Erfurt, Meiningen, Coburg und den württembergischen Kammerbezirken werden Handwerkserzeugnisse in größerem Umfange ausgeführt.

Auch auf dem Gebiete des Ausfuhrgeschäfts hängt also das Handwerk eng mit der Industrie zusammen. Diese Beziehungen sind allerdings nicht leicht zu erkennen und im einzelnen Zahl um Zahl schwerer nachzuweisen. Sie zeigen aber ebenso wie die eigene Ausfuhrtätigkeit des Handwerks, daß es eine besondere Aufgabe der deutschen Handelspolitik ist, sich der Förderung der an der Ausfuhr beteiligten Handwerkszweige anzunehmen, deren durchweg hochwertige Leistungen in ihrer Wirkung auf die deutsche Handelsbilanz mehr als bisher bei dem der deutschen Wirtschaft auferlegten Zwang zum Export zu würdigen sind.

Vor neuen Kämpfen.

Der Wiederbeginn des politischen Lebens.

⊶ **Berlin,** 27. April.

Die Rückkehr des Reichskanzlers von seinem kurzen Urlaub nach Berlin ist das Signal für das Wiedererwachen des politischen Lebens, das über Ostern zur Ruhe gegangen war. Ungefähr zur gleichen Zeit finden sich auch die anderen Kabinettsmitglieder wieder in Berlin ein.

Intensive Arbeit wartet auf sie.

Das Kabinett selbst wird sich mit den Vorschlägen des Reichsernährungsministeriums für das Ostprogramm zu beschäftigen haben, die gegenwärtig noch im Finanzministerium nachgeprüft werden. Voraussichtlich am 1. Mai wird das Programm dem Kabinett vorliegen.

Schon deshalb ist es nicht wahrscheinlich, daß sich die Meldung einiger Blätter bestätigt, wonach der Minister Treviranus nach der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete im Herbst ein neues, eigens für ihn zu schaffendes Ostministerium erhalten soll.

Am 2 Mai beginnt im Reichstag die 1. Lesung des Haushaltsplans für 1930. Im Rahmen der damit verknüpften Generaldebatte wird eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die nächste Zukunft erfolgen, insbesondere über die beiden umstrittensten Gebiete,

die Innenpolitik und die Handelspolitik der Regierung.

Für die innenpolitischen Erörterungen werden die Meinungsverschiedenheiten mit der thüringischen Regierung, die Frage der Aufhebung des Stahlhelm-Verbots für das Rheinland, die durch den deutschnationalen Parteivorstand aufgeworfene Frage des Reichsschulgesetzes und unter Umständen bis dahin auch der Verlauf des 1. Mai ausreichend Stoff liefern. Finanzpolitisch werden die inzwischen von der Regierung auf Grund der ihr vom Reichstag erteilten Ermächtigung vorgenommenen Maßnahmen, z. B. die Erhöhung des Weizenzolles in Verbindung mit der Frage nach Rückwirkungen auf die Außenhandelsbeziehungen im Vordergrund stehen

Hier spitzt sich alles darauf zu, ob die Regierung glaubt, ihre landwirtschaftlichen Ziele ohne Gefährdung der deutschen Handelsvertragspolitik durchsetzen zu können.

Wenn sie meint, Kündigungen der Handelsverträge vermeiden zu können, dürfte sie weiter — und zwar nicht von Seiten der Oppposition, sondern zum Teil auch aus den Reihen der hinter ihr stehenden Parteien — danach gefragt werden, ob sie eine Aenderung der wirtschaftlichen Zollsätze ohne stärkere Beeinträchtigung der industriellen Interessen erreichen zu können hofft. In der Zwischenzeit haben nämlich industrielle Interessenvertretungen und eine Anzahl von Handelskammern der Industriegebiete mit Parlamentariern Fühlung genommen, um sie zu einem aufklärenden Vorgehen im Reichstag zu veranlassen.

Die Regierung wird aber vielleicht gar nicht erst auf Anfragen warten, sondern von sich aus ihre Auffassung über die Gestaltung der deutschen Handelspolitik bekanntgeben.

Simson bleibt in Paris.

Saarverhandlungen und Genfer Sicherheitsausschuß.

⊶ **Berlin,** 27. April.

Der Führer der deutschen Saarabordnung in Paris, Staatssekretär von Simson, hat es im Interesse der Weiterführung dieser Verhandlungen abgelehnt, Deutschland auf der in den nächsten Tagen beginnenden Tagung des Genfer Sicherheitsausschusses zu vertreten. Die Saarverhandlungen erfahren infolgedessen erfreulicherweise keine Unterbrechung.

Zu den wichtigsten Punkten, die auf der Tagesordnung des Genfer Sicherheitsausschusses stehen, gehört auch die Frage der finanziellen Unterstützung von angegriffenen Staaten. Es handelt sich hier um eine Frage, die vor Jahren bereits von der finnischen Regierung aufgeworfen worden ist, die aber bislang noch zu keinem Ergebnis geführt hat. Die deutsche Regierung steht in dieser Frage auf dem Standpunkt, daß eine Geldwährung für das Vorstadium eines Krieges, in dem man weder den Angreifer noch den Angegriffenen genau kenne, nicht angängig sei. Die deutsche Abordnung wird deshalb in Genf Vorschlägen, die auf eine finanzielle Unterstützung im Falle einer Kriegsdrohung hinauslaufen, entgegentreten. Dagegen steht man in Berlin der Frage der Einrichtung eines Kurierdienstes mit Flugzeugen sympathisch gegenüber.

Herr Parker Gilbert geht . . .

Die Ueberleitung vom Dawes- zum Youngplan.

⊶ **Berlin,** 27. April.

Dieser Tage hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, eine Prüfung der Konten, die die Uebergangszeit von der Dawesorganisation zum Youngplan betreffen, im Büro des Reparationsagenten Parker Gilbert in Berlin stattgefunden, ohne daß zu Beanstandungen Anlaß vorhanden war. Wenn die BIZ ihren Betrieb in Basel eröffnet, können diese Konten sofort von ihr übernommen werden. Die Akten des Generalagenten werden, soweit sie für die BIZ keinen Wert haben, vernichtet. Ein Teil des Berliner Büropersonals des Generalagenten wird nach Basel übernommen werden. Parker Gilbert selbst wird, soweit bisher bekannt ist, nach Amerika zurückkehren.

Für die Kosten der Ueberleitung vom Dawesplan zum Youngplan ist bekanntlich ein besonderer Fonds in Höhe von sechs Millionen Mark vorgesehen. Die nicht im Anspruch genommenen Summen werden nach der Hager Vereinbarung an Deutschland zurückerstattet. Parker Gilbert wird vor seiner Abreise aus Deutschland voraussichtlich noch einmal eine Generalübersicht über die deutschen Finanzen geben.

Nach Waffen- Kulturbrüderschaft.

Eine Unterredung mit dem ungarischen Kultusminister.

⊶ **Berlin,** 27. April.

In einer Unterredung äußerte sich der zurzeit in Berlin weilende ungarische Unterrichtsminister Graf Klebelsberg über den Zweck seiner Berliner Reise sowie die Beziehungen zu den Staaten, die er noch besuchen will, u. a. wie folgt:

„Mein Besuch Preußens und Schwedens gilt vor allem der Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem gewesenen Unterrichtsminister Dr. Becker und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300429-16/fragment/page=0005